



Studenten unzufrieden

Ärger über Verwendung von Studiengebühren – Süd-Unis positiv bewertet

Der „Kunde“ Student ist unzufrieden: Drei Viertel aller Gebührenzahler stellen keine Verbesserungen in der Lehre fest, besagt eine Untersuchung.

BETTINA WIESELMANN

Stuttgart. Zum zweiten Mal hat der Lehrstuhl Marketing an der Universität Hohenheim seinen „Gebührenkompass“ vorgelegt. Die Ergebnisse basieren auf mehr als 6100 Interviews mit Studierenden aller 54 staatlichen Unis in Deutschland, die im Sommersemester 2008 Studiengebühren erhoben haben. Gefragt wurde nach der Zufriedenheit

mit der Verwendung der rund 350 Millionen Euro, die die Unis in den sieben Gebühren-Bundesländern (in der Regel 500 Euro) im Semester einnehmen.

Professor Markus Voeth vom Lehrstuhl Marketing bewertet die Zufriedenheitswerte insgesamt schlicht als „desaströs“: Im Bundesdurchschnitt gibt es für die Hochschulen auf der Schulnotenskala eine 4,5 – eine Note schlechter als im Vorjahr. Am besten schneidet Bayreuth mit 3,75 ab.

Im Ländervergleich liegen Bayern und Baden-Württemberg mit seinen neun Unis noch am besten. Überdurchschnittlich positiv bewerten die Studierenden die Mittelver-

wendung in Konstanz (Platz 3 von 54), Ulm (10), Mannheim (12), Heidelberg (19), Freiburg (22), Tübingen (24) und Hohenheim (27) befinden sich im Mittelfeld. Abgeschlagen auf Platz 47: Stuttgart. Dort haben auch nur ganze 16 Prozent eine Verbesserung der Lehre festgestellt, in Konstanz sind es dagegen immerhin 42 Prozent der Befragten, in Ulm 41 Prozent.

Dafür gibt es mindestens einen Grund: Je besser über die Mittelverwendung informiert wird (sechs Landes-Unis finden sich hier im vorderen Drittel) desto zufriedener äußern sich die Befragten. Voeth, der kein Gebührengegner ist, fordert deshalb eine neue Informationspoli-

tik der Unis. Nötig sei eine professionelle Vermarktung: „Wo Verbesserungen wahrgenommen werden, sinkt die Ablehnung der Gebühren.“ Die liegt im Bundesschnitt bei 70 Prozent. Mannheim, Freiburg, Konstanz und Tübingen weisen Werte unter 60 Prozent aus.

Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) ist überzeugt, dass sich die Lehre durch die Gebühreneinnahmen verbessert. Der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz in Sachsen-Anhalt, Klaus Erich Pollmann, sieht das ebenso: „Weil wir keine Gebühren haben, geraten wir ins Hintertreffen“, sagte er der SÜDWEST PRESSE.

Kommentar



Akzeptanz auf dem Tiefpunkt

Hohenheimer Studie: Miserable Noten für Verwendung der Studiengebühren

Studierende, egal wo in Deutschland, sind äußerst unzufrieden darüber, wie ihre Studiengebühren verwendet werden. Dies ergibt eine Studie des Hohenheimer Uni-Lehrstuhls für Marketing.

HANS-JOACHIM LANG

Hohenheim/Tübingen. In sieben deutschen Bundesländern müssen Studierende Gebühren bezahlen. Auf diese Weise haben im vorigen Semester 54 Universitäten insgesamt 350 Millionen Euro eingenommen. Die überwältigende Mehrzahl der Gebührenzahler ist aber mit der vorherrschenden Praxis nicht einverstanden. Ihre Zufriedenheit mit der Verwendung der Studiengebühren auf Schulnoten übertragen, vergeben Befragte aus Tübingen die Note 4,4. Sie liegen damit geringfügig über dem Bundesdurchschnitt, der mit der Note 4,6 bewertet wird.

Der Hohenheimer Studie zufolge findet man die meisten Gebührengegner in Hessen: 84,8 Prozent der dort Befragten plädieren für die Abschaffung. Sie können sich auf das kommende Semester freuen, denn dann wird ihre Forderung bereits Wirklichkeit. In den verbleibenden sechs Bundesländern sind die Aussichten allerdings nicht so rosig.

Wie schon im Vorjahr hat der Hohenheimer Lehrstuhl für Marketing Interviews mit Studierenden über ihre Einstellungen zu Studiengebühren und zur Zufriedenheit mit deren

Verwendung geführt. 6100 Studierende wurden befragt, an jeder der 54 Hochschulen mindestens 100. Verbessert hat sich die Akzeptanz nach einem Jahr nicht. Ermittelte man 2007 unter den Befragten noch 60 Prozent Gegner von Studiengebühren, sind es diesmal sogar 63 Prozent. In Tübingen liegt die Quote mit 54 Prozent geringfügig niedriger. Allerdings bekennen sich nur 23 Prozent der Tübinger Befragten für die Gebühren, weitere 23 Prozent haben sich noch nicht festgelegt.

Die Verbesserungen reichen nicht aus

Die interviewten Studierenden – in Tübingen, Hohenheim und Stuttgart waren es 200 – kreuzten in den Fragebögen an, dass sie in einzelnen Bereichen durchaus wahrgenommen hätten, wo Studiengebühren angekommen sind. 94 Prozent der befragten Tübinger registrierten dies bei verlängerten Bibliotheks-Öffnungszeiten (zum Vergleich: Stuttgart 49 Prozent), 87 Prozent in mehr Tutorien (Stuttgart 62 Prozent), 85 Prozent in mehr Hilfskräften (Stuttgart 61 Prozent). Gleichwohl waren sie mit diesen Verbesserungen noch nicht ganz zufrieden. Denn sie bewerteten lediglich den gehobeneren Bibliotheksservice gerade noch knapp oberhalb von „befriedigend“ (Note 2,9). Auf die Frage nach der Zufriedenheit mit der Verwendung der Studiengebühren für die Verbes-

serung des Lehrangebots gab es die Note 4,2. Den „Prozess der internen Gebührenverteilung“ bewerteten die Tübinger mit 4,4, die Transparenz der Gebührenverwendung mit 4,5.

„Das sind desaströse Ergebnisse“, schließt Prof. Markus Voeth im Gespräch mit dem TAGBLATT aus den Ergebnissen seiner Studie. Zufriedene Kunden, weiß der Hohenheimer Marketing-Experte, vergeben andere Noten. Nach seiner Erfahrung neigen selbst die weniger Zufriedenen noch zu Zensuren im Mittelfeld der Noten-Skala. Gerade darum sieht Voeth allen Anlass für die Universitäten, angesichts der Ergebnisse der zweiten Erhebung die Einstellung der Studierenden ernst zu nehmen.

„Studiengebühren werden deutlich stärker von Studierenden akzeptiert, die davon ausgehen, dass die Studiengebühren an ihren Hochschulen zu einer Verbesserung der Lehrbedingungen führen. An den untersuchten 54 Hochschulen sind das nur 26 Prozent. Hinzu kommt: Etwa derselbe Anteil geht davon aus, dass sich daran nichts ändern wird.“

Voeth sieht kausale Zusammenhänge zwischen der Informationspolitik von Universitäten und der studentischen Zufriedenheit mit der Gebührenpraxis. Aus den Tübinger Interview-Antworten schließt er, dass die Eberhard-Karls-Universität besser informiert als beispielsweise die Universitäten Hohenheim und Stuttgart, weshalb im regionalen Vergleich die Tübinger Studierenden insgesamt positiver zu Studiengebühren eingestellt seien.

Wissenschaftsminister Peter Franzenberg, von Hause aus Naturwissenschaftler, reagierte gestern auf die Hohenheimer Studie gleich mit einer Regel: „Je besser die Studierenden informiert sind, desto besser die Akzeptanz.“ Die Konsequenz daraus: „Die Hochschulen müssen den unbestrittenen Nutzen von Studiengebühren für Studium und Lehre deutlich herausstellen. Wichtig ist, noch mehr Geld für zusätzliches Lehrpersonal einzusetzen.“

Rektorat sieht auch Zuspruch

Im Tübinger Rektorat reagiert man gelassen. „Die Studie ist interessant und wertvoll“, sagt Prof. Stefanie Gropper, die für Studienangelegenheiten zuständige Prorektorin, auf TAGBLATT-Anfrage. „Wir werden auch Lehren daraus ziehen“, um auch die zu erreichen, die sich nicht ausreichend informiert fühlen. Doch seien „keine gravierende Einschnitte“ zu erwarten. Denn aus der Hohenheimer Studie liest das Rektorat auch Zuspruch: „Sie zeigt, dass unsere Informationspolitik so schlecht nicht sein kann.“ Es habe sich erwiesen, dass es hier besser als anderswo gelungen sei, über Studiengebühren zu informieren. Gerade darum sei die Akzeptanz höher.

online

Ein Forum über Studiengebühren gibt es unter www.tagblatt.de



Marketing in der Universität

Der Hohenheimer Wirtschaftsprofessor Markus Voeth ist ein ausgewiesener Experte für Marketing. Wie erfolgreich er in die Öffentlichkeit wirkt, zeigt das Echo auf die Studie, die an seinem Lehrstuhl angefertigt wurde und aufgrund von Befragungen die Zufriedenheit von Studierenden mit Studiengebühren angibt. Ein gewaltiges Rauschen erfüllt den Blätterwald, auch wir stehen nicht abseits. „Zeit“, Spiegel“, überregionale und regionale Tageszeitungen melden das Ergebnis der bundesweiten Umfrage: Dramatisch schlechte Noten für die Studiengebühren-Praxis an den Universitäten.

„Well roared lion“, heißt es bei Shakespeare, also: „Gut gebrüllt, Löwe!“ Wohl niemand wird bezweifeln, was die Studie als Hauptbotschaft vermittelt: Studierende sind mehrheitlich nicht gut auf die Studiengebühren zu sprechen. Vorsicht ist aber am Platze, wenn – wie etwa in der „Zeit“ – aus dem Hohenheimer Zahlenwerk gefolgert wird: 70 Prozent der Studenten sind gegen Studiengebühren. Die in der Studie angegebenen Prozentwerte beziehen sich jedenfalls nur auf die Zahl der an jedem Hochschulort befragten Leute und sind streng genommen untereinander nicht vergleichbar, schon gar nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die Hohenheimer behaupten nicht, dass es sich um eine repräsentative Studie handelt. Das kann sie auch gar nicht sein. 87 Studenten schwärmten aus und suchten an 54 Unis jeweils 100 (an drei Orten 200) Kommilitonen, die Zeit und Lust hatten, ein paar Kästchen auszufüllen, mit denen nichts als Meinungen abgefragt wurden. Ob man bei dieser Methode mehr erwarten kann als von Kickern, die ein rasender Reporter am Spielfeldrand geschwind abfragt, wie sie sich gerade fühlen?

Zweifellos werden die Studiengebühren an den Unis auch ausgegeben. Was aber sagt es aus, wenn Studierende in einer Befragung Unzufriedenheit über die Gebühren-Praxis bekunden und zugleich der Informationspolitik der Universitäten schlechte Noten ausstellen? Wissen sie, was sie tun? Sagt es etwas aus über die tatsächliche Hochschulpolitik und die Mittelvergabe – oder nicht doch mehr über die befragten Studierenden? Muss etwa die Rektorin erst einen Kopfstand machen und mit den Füßen wackeln, damit ihr Informationsangebot angenommen wird? Wie hoch ist der Prozentsatz von Studierenden, die schon mal an einer Vollversammlung über Studiengebühren teilnahmen? Die sich in ihrem Fach einmischten? Die gegebenenfalls protestierend auf die Straße gingen?

Die Hohenheimer Marketing-Experten schlagen den Unis besseres Informationsmarketing vor, um bei den Studierenden bessere Akzeptanz zu erreichen. Das ist professionell. Bauknecht weiß, was Frauen wünschen. HANS-JOACHIM LANG